

# „900.000 Euro eingestrichen“

Wirtschaftsverbrechen: Kanzlerin Merkel und ihr Finanzminister vor dem Wirecard-Untersuchungsausschuß

MARTIN KRÜGER

Auf der Zielgeraden des Wirecard-Untersuchungsausschusses haben die Prominenten „alles dichtgemacht“, was ihnen zum Nachteil werden könnte. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) hatte dazu angeblich nur 30 Minuten Vorbereitung gebraucht. Auch andere Großkoalitionäre waren vorige Woche vor den von Kay Gottschalk (AfD) geleiteten Bundestagsausschuß geladen – Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) und Justizministerin Lambrecht (SPD) sahen sich ebenso schuldlos wie Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU).

Der SPD-Kanzlerkandidat trat gewohnt kaltschnäuzig auf, als „aalglatte Reizfigur“, wie der Sender N-TV ätzte. Auf die Frage, ob es volle Transparenz sei, wenn dem Ausschuß erst Stunden vor einer Zeugenbefragung 100 Aktenordner zugeschickt würden, sagte er: „Ja.“ Und Scholz stellte klar, daß er erst seit März 2018 im Amt sei. Nur gab es da schon Kritisches zu dem Zahlungsdienstleister Wirecard. Ein kurzes „Nein“ kam auf die Frage, ob er gar keine Versäumnisse oder politische Verantwortung bei sich sehe.

Merkwürdig, ist er doch verantwortlich für die Finanzaufsicht BaFin, die im Februar 2019 ein umstrittenes Leer-

verkaufsverbot für den Dax-Konzern verhängte – jene Behörde also, die nicht nur dem *Financial Times*-Journalisten Dan McCrum wie der verlängerte Arm des Wirecard-Vorstands vorkam (JF 50/20). Einen Schutzwall hatten bereits vorher die Finanz-Staatssekretäre Jörg Kukies und Wolfgang Schmidt aufgetürmt. Die beiden SPD-Mitglieder sind sicher, daß Scholz nichts wußte. Dafür blieben beide Beamte bei konkreten Themen vage.

## „Eine Bundeskanzlerin für Geschäfte einspannen“?

Einräumen mußte Scholz, daß er Mails vom privaten Account an Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) verschickt hat. Zum Weiterleiten von Zeitungsartikeln würde er lieber seine Privatadresse nehmen. Das zeige, so Scholz, „wie sehr ich mich um die Sache gekümmert habe“. Mit weiteren Mails ist wohl nicht zu rechnen, denn Scholz gab seine Gewohnheit preis, private Mails schnell zu löschen.

Für Angela Merkel war auch alles in bester Ordnung: Es habe „ausweislich der Akten keinen Hinweis auf schwerwiegende Unregelmäßigkeiten“ und genauso wenig eine Vorzugsbehandlung von Wirecard auf ihrer China-Reise 2019 gegeben. Dabei ist aber bekannt, daß ein Kanzleramtsmitarbeiter von einem Treffen mit Wirecard-Chef Markus



Angela Merkel vor Wirecard-Ausschuß: „Keinen Hinweis auf schwerwiegende Unregelmäßigkeiten“

Braun abgeraten hatte. Offiziell gab es Terminalschwierigkeiten. Umwege nahm die Kanzlerin auch auf ihrem Weg zum Ausschuß durch die Katakomben – damit der Presse ausweichend. Dort stellte sie lapidar fest, daß man im nachhinein schlauer sei, aber jetzt ja die BaFin mehr Kompetenzen erhalte und die Wirtschaftsprüfer stärker kontrolliert würden. Ob Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) bei seinem Besuch ihr gegenüber Wirecard angesprochen habe? Keine Erinnerung. Entlocken ließ sich Merkel nur, daß ihr Ex-Minister „ganz interessengeleitet“ an Lars-Hendrik Röller verwiesen worden sei. Der ist ihr Wirtschaftsberater und wählt unternehmerische Gesprächspartner für Reisen aus. Daß Röllers Ehefrau Chinesin ist, hat ein Geschmäckle. Die „Hausfrau“

soll ihrem Ehemann schon mal mit Kontakten ins Reich der Mitte ausgeholfen haben. Aber auch der einstige Deutsche-Bank-Chef Rolf Breuer soll mit seiner Frau über seinen Großkunden, den TV-Unternehmer Leo Kirch, gesprochen haben. Eben so, wie man das beim Frühstück tue. Immerhin beschrieb die Kanzlerin nach fünf Stunden Befragung ihr aktuelles Verhältnis zu Guttenberg so: „Unser Kontakt ist derzeit erloschen.“

Noch enttäuschter ist der stellvertretende Ausschußvorsitzende Hans Michelbach (CSU): „Der Wirecard-Skandal hat mich die Freundschaft zu Guttenberg gekostet“, gestand der Politiker. „Man kann nicht eine Bundeskanzlerin für Geschäfte einspannen. Vor allem dann nicht, wenn man das

Geschäftsmodell selbst nicht geprüft und dafür auch noch 900.000 Euro eingestrichen hat.“

Linken-Experte Fabio De Masi fand, daß sich die Kanzlerin zwar Mühe gegeben habe, eine sympathische Ahnungslosigkeit vorzugeben, aber das nehme er ihr nicht ab. 98 Personen wurden in 44 Sitzungen seit Oktober 2020 befragt, und es geht weiter. Eine Erkenntnis scheint schon festzustehen: Hätte es eine „Aufsicht mit Biß“ (Olaf Scholz) gegeben, wäre Wirecard 2018 nie in den Dax aufgenommen worden, sondern schon Jahre zuvor ein Fall für Insolvenzverwalter geworden.

Aussagen im Wirecard-Ausschuß:  
▶ bundestag.de/ausschuesse/untersuchungsausschuesse/3untersuchungsausschuesse

## Ein wenig durchdachter Schnellschuß

Höhere Staatsausgaben: Eine 0,2-Prozent-Vermögensteuer auf börsennotierte Unternehmen der G-20-Staaten soll die Corona-Lasten finanzieren

DIRK MEYER

Einfach, gerecht, effektiv – diesen Anspruch erheben zwei französische Ökonomen für ihren Vorschlag in *Economy Policy* zur Finanzierung der Corona-Lasten. Angesichts des staatlichen Schuldenanstiegs infolge der Corona-Krise wollen Gabriel Zucman und Emmanuel Saez jährlich eine 0,2-prozentige Börsenwertsteuer auf alle Aktiengesellschaften der G20-Staaten erheben. Sie sehen dies als Alternative zu einer einmaligen Vermögensabgabe und breiten Steuererhöhungen.

Staatliche Personalausgaben und Pensionslasten, Ausgaben als Folge der Migration, teure Rentenreformen, Fehlanreize gebende Sozialprogramme oder Euro-Schuldenvergemeinschaftungen schränken den Handlungsspielraum schon vor der Pandemie hochgradig ein. Soweit kreditfinanziert, kommen zudem Zinsen und Tilgungen hinzu. Nicht zuletzt scheinen Corona-Hilfen wie der 750 Milliarden Euro schwere Wiederaufbaufonds (NextGenerationEU, JF 14/21) per se legitimiert – staatskreditfinanzierte Ausgaben ohne Ende.

Diese Probleme sind das Ergebnis eines Demokratieversagens, das durch kurzfristig orientierte Parlamentsentscheidungen eine nachhaltige Finanzpolitik kaum zuläßt. Gerade denjenigen, die schon vor Corona die Aufhebung der Schuldenbremse forderten, würde heute das Geld für die großen Ausgabenprogramme fehlen. Ein Beispiel geben die Krisenstaaten Griechenland, Italien, Spanien und Portugal mit Schuldenstandsquoten von 120 bis 206 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP).

Frankreich verzeichnet eine Staats-schuld von 2,65 Billionen Euro (116 Prozent des BIP). Zucman und Saez wollen daher die „fiskalische Demokratie“ zurückgewinnen: neue Handlungsspielräume schaffen für Bildung, Gesundheit, Rente, Klimaschutz und Umverteilung. Finanziert werden soll das durch eine Art Vermögensteuer (VSt) auf börsennotierte Firmen. Bei einer Kapitalisierung von rund 75 Billionen Euro bräuchte eine 0,2-prozentige Börsenwertsteuer etwa 150 Milliarden Euro jährlich für die 20 größten Industriestaaten – entsprechend 0,18 Prozent ihres BIP.

Verglichen mit den vergemeinschafteten EU-Hilfen von einer Billion Euro

ist das wenig – aber schließlich könnten die Regierungen jederzeit den Steuersatz erhöhen. Ein Steuerkartell braucht Wettbewerb weniger zu befürchten. Zudem relativiert eine Beispielrechnung die Geringfügigkeit und zeigt den Zusammenhang einer VSt mit einer Gewinnbesteuerung auf. Bei einem Börsenwert von 100 Milliarden Euro (etwa zutreffend für Siemens, Allianz) und einem Steuersatz von 0,2 Prozent fallen 200 Millionen Euro an VSt an.

**Steuerliche Gesamtstiege auf 35 Prozent**

Wenn diese Unternehmen einen Gewinn von vier Prozent erwirtschaften, würde eine Gewinnsteuer von 30 Prozent (Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer) zu einer Steuerlast von 1,2 Milliarden Euro führen. Die Gesamtbelastung würde durch die VSt auf 35 Prozent steigen. Zum Problem wird die Substanzsteuer, weil sie auch bei Verlusten anfällt. Da die Börse die Zukunft abbildet und die Steuer „einpreist“, käme es bei dieser Rendite von vier Prozent bei Einführung der VSt sofort zu einem Rückgang der Kurse um fünf Prozent.

Die Firmen würden die Steuer in neu ausgegebenen Aktien entrichten, die der Staat verkaufen könnte. Einzuziehen wäre die Steuer über die Börsenplätze. Doch Siemens ist an neun deutschen Börsen und sechs ausländischen Handelsplätzen präsent. Dies setzt ein internationales Vorgehen voraus. Streit über die Verteilung der Einnahmen wäre vorprogrammiert. Es sei denn, sie würden an eine internationale G20-Organisation gehen, um staatenübergreifend Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren. Hier stellt sich die Frage einer wirtschaftlichen Mittelverwendung.

Vorteilhaft gegenüber einer traditionellen VSt wären der Schutz der Privatsphäre und keinerlei Bewertungsprobleme. Allerdings kann es bei stark schwankenden Börsenkursen zum Stichtag zu Willkür kommen – steuermindernde Kursmanipulationen nicht ausgeschlossen. Aufgrund der Konzentration des Aktienvermögens auf wenige Vermögende stellen die Autoren einen erwünschten Umverteilungseffekt fest. Da Lebens- und private Rentenversicherungen „des kleinen Mannes“ ihr Kapital ebenfalls in Aktien anlegen, wären jedoch auch sie belastet.

Bedenklich sind die erwartbaren Ausweichreaktionen. Die Besteuerung verteuert den Kapitaleinsatz. Es wird weniger Kapital eingesetzt, was die Produktivität der Arbeitskräfte und damit deren Löhne senkt. Eigenkapital ist gegenüber Fremdkapital bereits im bestehenden Steuersystem diskriminiert. Die Börsenwertsteuer würde dies verstärken, da Kredite nicht belastet werden. Bei höherer Kreditfinanzierung sinkt die Haftungsbasis und die Risikotragfähigkeit nimmt ab.

Innovationen und technologische Sprünge bedingen aber eine breite Haftungsbasis, ohne die sich keine Fremdkapitalgeber finden werden. Die Krisenanfälligkeit der Firmen und der Gesamtwirtschaft würde zunehmen. Was liegt näher, als die Steuer auf Fremdkapital und nicht börsennotierte Kapital- und Personengesellschaften auszuweiten, um Ausweichreaktionen zu verhindern: Einfach, gerecht, effektiv ist doch schwieriger, wenn zu Ende gedacht.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.  
▶ economic-policy.org/73rd-economic-policy-panel/wealth-tax-on-giant-corporations

## Immobilienverband: „Wir müssen günstiger bauen“

HAMBURG. Die Corona-Krise wird den Immobilienmarkt verändern. „Einige Immobilien in der Innenstadt – etwa Kaufhäuser – werden nicht mehr in der bisherigen Form genutzt werden“, erklärte Aygül Özkan, Geschäftsführerin des Zentralen Immobilien Ausschusses (ZIA), im *Handelsblatt*. Doch die Umwandlung von Einzelhandelsflächen reiche nicht aus, um die Wohnungsnot zu beseitigen. Durch den Ausbau von Dachgeschossen könnten hingegen theoretisch 1,2 Millionen Wohnungen bundesweit entstehen, aber die Kosten dafür seien „so hoch, daß dieses Potential nicht ausgeschöpft wird“, erläuterte die frühere niedersächsische CDU-Sozialministerin. „Wir müssen mehr bauen, wir müssen schneller bauen und wir müssen vor allem auch günstiger bauen.“ Doch in den vergangenen 20 Jahren seien die Baukosten um 70 Prozent gestiegen. Das liege nicht nur am teuren Bauland und energetischen Vorgaben: „Die Zahl der Bauvorschriften ist in den letzten 30 Jahren von 5.000 auf 20.000 gestiegen“, kritisierte Özkan. Ein Einfamilienhausverbot lehne der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft ab: „Ich möchte nicht in einem Land leben, in dem mir vorgeschrieben wird, wie ich zu wohnen habe.“ (fis)

▶ www.zia-deutschland.de

## Krankenkassen: Private Versicherung wird teurer

WIESBADEN. Die Corona-Pandemie, steigende Gesundheitskosten und die EZB-Niedrigzinspolitik haben die Beiträge in der privaten Krankenversicherung (PKV) dramatisch erhöht. Im März 2021 mußten die 8,7 Millionen PKV-Versicherten im Durchschnitt 5,3 Prozent mehr bezahlen als im Vorjahresmonat, teilte das Statistische Bundesamt mit. Auch die längerfristige Betrachtung zeige einen deutlichen Anstieg: Die PKV-Beiträge erhöhten sich von Januar 2015 bis März 2021 überdurchschnittlich um 24,7 Prozent. Im gleichen Zeitraum stiegen die deutschen Verbraucherpreise um 9,1 Prozent. Dennoch haben sich vorige Jahr 144.800 Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) für einen Wechsel in die PKV entschieden. Umgekehrt wechselten nur 123.400 PKV-Versicherte in die GKV. (fis)

▶ www.destatis.de

## Zahl der Woche

**Auf 11,1 Billionen Euro** (98 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) ist 2020 die Staatsverschuldung im Euroraum angestiegen. Das waren 14,1 Prozentpunkte mehr als 2019. Die höchste Schuldenquote hatte erneut Griechenland (206 Prozent). Deutschland lag bei 69,8 Prozent.

(Quelle: Eurostat)

**NEUERSCHEINUNG 2021**

Ulrich Horstmann  
**DIE DIGITALE WÄHRUNGSREFORM KOMMT**

STIMMEN ZUM BUCH  
Prof. Dr. Gerald Mann, Mitautor des Buches Bargeldverbot: Gelegenheit macht Freiheitsdiebe!  
Die Corona-Pandemie schafft die Rechtfertigung für eine umfassende Veränderung unserer Gesellschaft, wie sie bislang undenkbar erschien. Der »totale Staat«, der ganz konkret unser eigenes Leben steuert, wird dann notgedrungen wieder akzeptiert. Dass dies künftig auch die Abschaffung des Bargelds bedeutet und dass das neue digitale Geld nur noch Zugangsrechte unter Bedingungen sichern würde, darauf wird in diesem lesenswerten Buch hingewiesen. Wenn unser Geld nicht mehr unser Eigentum wäre, könnte es abgelehnt werden. Dann würde auch die EU scheitern. 1923 haben unsere Vorfahren ihre Ersparnisse verloren, heute droht zusätzlich der Verlust der Freiheit.

Stephan Werhahn, Vorstandsvorsitzender »Institut Europa der Marktwirtschaften e.V.« und Enkel von Konrad Adenauer:  
Der digitale Euro kommt! In diesem lesenswerten Buch wird für eine bürgernahe, das Bargeld und das Eigentum sichernde Ausgestaltung unseres Geldes geworben. Ohne geschützte Grundfreiheiten wäre der Weg zur Knechtschaft geebnet. In einer Demokratischen EU-Verfassung müssten die Rechte der Bürger und Subsidiarität vorrangig gelten, dafür plädierten wir bereits in unserem Buch »SOS Europa«. Die Ausarbeitung einer neuen EU-Verfassung, die diese Grundfreiheiten schützt, ist dringender denn je.

Das Buch ist per Mail erhältlich unter:  
ghv@va-mainz.de  
Telefonische Nachfragen:  
Gerhard Hess Verlag  
07583/946623  
gerhard-hess-verlag.de GHV

Erhältlich im JF-Buchdienst!

bestellservice@jf-buchdienst.de · Tel. 030/864953-25 · www.jf-buchdienst.de

**KEINE EINSPERSEVERGÜTUNG MEHR – UND JETZT!**  
Photovoltaikanlagen effizient nutzen – auch nach Ende der EEG-Förderung  
Burhop Photovoltaik ☎ 09429 949 9590

**Kostenlose Büchersuche**  
bei 1500 Antiquariaten (über 8 Mio. Bücher)  
info@ **Buchsuchdienst** .de  
Postfach 101117, 69451 Weinheim  
Tel. 06201.182942. Fragen kostet nichts!

Lindau/B. + 10 km: suche Mietwohnung, ca. 40 qm, Kaltmiete 700 Euro zzgl. NBK, unmöbliert, weibl., NR, 65 J., kein Haustier, ruhige Einzelperson  
Chiffre 0704/2021

**WWF**  
Foto: © S. Schönfeld/WWF

**wwf.de/testamente**  
Telefon: 030.311777-729  
lisa.tembrink-sorino@wwf.de

Ihr persönlicher Ratgeber  
**Dr. Markus Elsässer**  
Investor und Besteller-Autor  
Vertrauliche Kontaktaufnahme:  
me@markuselssaesser.com

**➔ MILLIONÄR IN 3 JAHREN**  
Routinierter Futurerstrader mit genialer Börsenhandel - Gewinnstrategie, bietet lukrative Beteiligung ab 100.000,- Euro mit 100 % gedeckter Kapitalsicherung. Bewährt + Sicher • twindex@web.de

**B M V**  
Berliner Medienvertrieb  
Print und Online

**DAS TAPFERE SCHNEIDERLEIN STAUNT: 26.900 SELBSTÄNDIGE AUF EINEN STREICH**

Werben in der Finanzbeilage der JF: Der direkte Weg zu Ihrer Zielgruppe. Ich berate Sie gern!

Herr Beck · Telefon 030 - 86 49 53 - 67 · beck@berliner-medienvertrieb.de